

1. Was versteht Oxfam unter Landgrabbing?

Oxfam definiert Landgrabbing als Investitionen in Pacht oder Kauf von Landflächen, bei dem Investoren die Rechte und Bedürfnisse ländlicher Bevölkerungsgruppen, die das Land bearbeiteten und davon lebten, ignorieren. Dies ist der Fall, wenn eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllt sind:

- Menschenrechte der lokalen Bevölkerung werden verletzt.
- Existierende Landtitel oder Gewohnheitsrechte der Landnutzung, auch von Nomaden, indigenen Bevölkerungsgruppen oder Frauen, werden nicht beachtet.
- Die lokale Bevölkerung wird nicht konsultiert oder informiert.
- Die sozialen und ökonomischen Auswirkungen, insbesondere für Frauen, und die Umweltfolgen werden ignoriert.
- Es werden intransparente Verträge ohne klare und verbindliche Verpflichtungen zur Beschäftigung und ohne Nutzen für die lokale Bevölkerung abgeschlossen.
- Demokratische Planungsprozesse, unabhängige Überprüfungen und echte Mitsprache werden umgangen.

2. Welches Ausmaß hat das Landgrabbing?

Nach Oxfams neuesten, noch vorläufigen Untersuchungsergebnissen wurden seit 2001 insgesamt bis zu 227 Millionen Hektar Land aufgekauft oder gepachtet (Stand: September 2011), der Großteil davon in den letzten zwei Jahren. Zum Vergleich: Die landwirtschaftliche Nutzfläche der Europäischen Union (EU-27) umfasst 178 Millionen Hektar. Seitdem im Jahr 2007/2008 die Nahrungsmittelpreise explodiert sind, haben Kauf und Pacht von Landflächen enorm zugenommen.

3. Welche Rolle spielt Wasser beim Landgrabbing?

Investoren suchen insbesondere Landflächen mit fruchtbaren Böden, die in einer Region mit guten Niederschlägen und, wenn möglich, in der Nähe von Flüssen oder Seen gelegen sind. Wasser ist heute schon knapper als Land. Ohne Wasser kann keine kommerzielle Landwirtschaft betrieben werden. Deswegen spielt die Verfügbarkeit von Wasser zusammen mit der Fruchtbarkeit der Böden eine zentrale Rolle bei der Auswahl der Landflächen.

4. Welche Länder sind betroffen?

Mehr als die Hälfte des Kaufs bzw. der Pacht von Landflächen findet in Afrika statt, dem Kontinent, der besonders von Hunger und Armut geplagt ist. Im Visier der Investoren sind offensichtlich insbesondere arme Länder, die nicht über gute Regierungsführung und starke institutionelle Rahmenbedingungen zum Schutz der lokalen Bevölkerung verfügen.

Bekannt gewordene Landgeschäfte betreffen u.a. folgende Länder:

- **Afrika:** Äthiopien, Burkina Faso, Ghana, Kamerun, Madagaskar, Senegal, Südsudan, Uganda;
- **Asien:** Indonesien, Kambodscha, Laos, Mongolei, Myanmar, Philippinen, Pakistan, Thailand, Vietnam;
- **Europa:** Russland, Ukraine, Usbekistan,

- **Lateinamerika:** Argentinien, Brasilien, Guatemala, Honduras, Paraguay

5. Wer sind die Käufer/Pächter?

Die Preisexplosion bei Nahrungsmitteln im Jahr 2007/2008 hat Regierungen, die bereits heute oder in naher Zukunft auf Nahrungsmittelimporte und andere Rohstoffe angewiesen sind, dazu veranlasst, in das Geschäft mit Land einzusteigen und sich den Zugang zu Nahrungsmitteln und anderen Ressourcen (z.B. Holz, Mineralien, Energiepflanzen, Futtermittel) zu sichern. Das trifft insbesondere auf die reichen Erdölstaaten und die Schwellenländer China, Indien und Südkorea zu. Außerdem wachsen rein spekulative Investitionen in Land, da Investoren, Banken und Investmentgesellschaften – auch aus Europa - eine erhebliche Wertsteigerung von Land in naher Zukunft erwarten.

6. Landverkäufe und Verpachtungen hat es immer gegeben, warum werden sie gerade jetzt zum Problem?

Es gibt seit der Kolonialzeit eine lange Tradition der Landnahme in anderen Kontinenten. In den letzten Jahren sind allerdings die Geschwindigkeit und das Ausmaß neu, mit dem Landgeschäfte getätigt werden. In den zehn Jahren vor 2008 wurden im Schnitt nur vier Millionen Hektar jährlich aufgekauft oder gepachtet. Für das Jahr 2009 beziffert die Weltbank den Kauf bzw. die Pacht von Landflächen auf 45 Millionen Hektar, eine Steigerung um das Zehnfache. Nach den neuesten Zahlen von Oxfam ist insbesondere in den letzten zwei Jahren ein starker Anstieg zu beobachten.

In Anbetracht einer wachsenden Weltbevölkerung und begrenzter Ressourcen wie Land und Wasser ist dies äußerst problematisch. Kleinbauern und Kleinbäuerinnen haben bereits heute keinen ausreichenden Zugang zu Land und Wasser. Immer mehr werden von ihren Flächen vertrieben, haben zu wenig Land, um sich und ihre Familien zu ernähren.

7. Wie kann sich die betroffene Bevölkerung wehren?

Die Möglichkeiten der lokalen Bevölkerung, sich zu wehren, sind leider begrenzt, weil es allzu oft keine verbindlichen Regeln und keine ausreichende Rechtsstaatlichkeit gibt. Gerichtliche Klagen dauern oft übermäßig lange und bringen hohe Anwaltskosten mit sich. Dies Geld haben Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, nomadische Viehzüchter und indigene Gemeinschaften häufig nicht. Selbst wenn es Gerichtsurteile in ihrem Sinne gibt, werden sie, wie aktuell in Uganda, von Regierungen und Unternehmen ignoriert.

Oxfam hilft Betroffenen in mehreren Ländern, ihre Probleme bekannt zu machen und den politischen Druck auf Regierungen bzw. Investoren zu erhöhen. Oxfam unterstützt aber auch ganz konkret, indem Betroffene juristische Beratung erhalten, um ihre Interessen besser vor Gericht und gegenüber ihrer Regierung vertreten zu können.

8. Wie könnte man das Problem lösen? Was fordert Oxfam?

Aktuell sollte ein Moratorium für alle großen Landtransaktionen in Betracht gezogen werden, um eine weitere Zuspitzung der Situation zu vermeiden. Von Menschenrechtsverletzungen betroffene Vertriebene müssen entschädigt, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Bestehenden Landrechten muss Vorrang vor Investoren-Interessen eingeräumt werden, auch dort, wo Gewohnheitsrechte bestehen und Land seit Generationen bewirtschaftet wird. Ebenso sollten Frauen die gleichen Landrechte wie Männer erhalten.

Oxfam drängt auf die Schaffung von Regeln, die von Firmen und Regierungen gleichermaßen respektiert werden. Oxfam fordert, dass...

- die Transparenz verbessert wird, damit die Verträge und ihre Konditionen nachvollziehbar sind;
- die Betroffenen im Vorfeld informiert und konsultiert werden;
- demokratische Entscheidungsprozesse eingehalten werden;
- verbindliche Regeln international vereinbart werden, damit die Menschenrechte geachtet und negative Auswirkungen für arme Menschen, insbesondere für Frauen, und für die Umwelt vermieden werden.

9. Was hat Landgrabbing mit Oxfams Mahlzeit-Kampagne zu tun?

Oxfam setzt sich im Rahmen seiner Kampagne „Mahlzeit!“ für den Stopp von Landgrabbing durch Regierungen und Unternehmen ein. „Mahlzeit!“ steht für den Aufbruch in ein neues Ernährungszeitalter. So wie wir mit dem Essen und dem Land, mit der Umwelt und mit Hunger umgehen, kann es nicht mehr weitergehen. Damit alle genug zu essen haben, müssen die bestehenden Ressourcen wie Land und Wasser gerechter verteilt werden. Es muss sichergestellt werden, dass Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, Landlose, nomadische Viehzüchter und indigene Gemeinschaften Zugang zu Land und Wasser haben – und nicht davon vertrieben werden -, damit sie sich und ihre Familien ernähren können.

10. Was tut Oxfam?

Oxfam deckt Landgrabbing-Fälle in armen Ländern auf und trägt das Thema im Rahmen der Kampagne „Mahlzeit!“ in die Öffentlichkeit, um Konsumenten und politische Entscheidungsträger/innen zu sensibilisieren. Gleichzeitig macht Oxfam Druck auf Politiker/innen, damit sie verbindliche Regeln erlassen, und auf Firmen, damit sie internationale Standards einhalten und Menschenrechte achten. In den kommenden Monaten wird Oxfam weitere Materialien und Fakten veröffentlichen.